

Antrag 73/II/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: AH Fraktion (Kein Konsens)****Geplante Haushaltskürzungen stoppen – Bildungs-, Wissens-, & Sozialstadt Berlin retten**

1 Wir fordern:

- 2 • Die Ablehnung der geplanten Haushaltskürzungen
- 3 des Berliner Senates
- 4 • In den Bereichen Bildungspolitik, Soziales und Wis-
- 5 senschaft dürfen keine Kürzungen erfolgen, statt-
- 6 dessen sind die entsprechenden Etats mindestens
- 7 im Umfang eines vollständigen Inflations- und Ta-
- 8 rifanpassungsvolumens zu erhöhen
- 9 • Der Wissensstandort Berlin muss vollständig auf-
- 10 rechterhalten werden und weiter ausgebaut wer-
- 11 den
- 12 • Die Finanzierung der Sanierung, Digitalisierung und
- 13 des barrierefreien Umbaus der öffentlichen Schulen
- 14 und Hochschulen soll gewährleistet werden
- 15 • Die Finanzierung des Neubaus von Gesamtschulen
- 16 soll gewährleistet werden sowie der Umbau von
- 17 Gymnasien in solche
- 18 • Die Sozialen Projekte der Stadt Berlin sollen ausrei-
- 19 chend weiter finanziert und ausgebaut werden
- 20 • Alle diese Bereiche dürfen nicht gekürzt werden.
- 21 Sofern der Berliner Haushalt dennoch tatsächlich
- 22 Lücken aufweist, sollten diese durch eine entspre-
- 23 chende Erhöhung der Steuereinnahmen durch mehr
- 24 Steuerprüfungen bei Menschen mit besonders ho-
- 25 hen Einkommen, ebenso wie bei sog. „Familienun-
- 26 ternehmen“ und generell bei als durch Vermögen
- 27 als Wohlhabend geltenden gedeckt werden. Soll-
- 28 te dies nicht ausreichen, was unwahrscheinlich ist,
- 29 können an diversen Stellen die Subventionen für
- 30 Unternehmen eingespart werden, die diese nicht
- 31 benötigen sollten und dieser Stadt nichts zurückge-
- 32 ben.

Begründung

36 Die geplanten Haushaltskürzungen des Berliner Senats
37 sind durch das Abgeordnetenhaus abzulehnen.

38 Der derzeitige Haushaltsentwurf sieht vor, dass massiv im
39 Sozialen-, Bildungspolitischen- und Wissenschaftlichem
40 Bereich gekürzt wird. Dabei werden etliche Errungen-
41 schaften, die die Berliner SPD in den letzten Jahren und
42 Jahrzehnten für die Mehrheit der Berliner Bevölkerung er-
43 reicht hat, zumindest ernsthaft gefährdet.

44 Der Ausbau unserer wissenschaftlichen Einrichtungen
45 wurde gerade von der Berliner SPD in den letzten Jahr-
46 zehnten vorangetrieben, wie z.B. die Entwicklung von Ad-
47 lershof, die Sicherung der Existenz aller Universitäten und
48 Hochschulen in Berlin, der Ausbau der Betreuung der Stu-

49 dierenden sowie die Maßnahmen zur Sicherung verlässli-
50 cher Beschäftigungsverhältnisse. All das wird nun gefähr-
51 det.

52 Die Stadt lebt von ihren Hochschulen und braucht jede
53 einzelne, doch mit den geplanten Kürzungen im Umfang
54 von 10 % bei gleichzeitig steigenden Kosten etc. im Um-
55 fang von mindestens 7 %, ist es nur eine Frage der Zeit
56 und der jeweiligen internen Mehrheitsverhältnisse, wel-
57 chen Teil ihres derzeitigen Betriebs / Angebots die Hoch-
58 schulen nicht aufrechterhalten können.

59 Insbesondere die ingenieurwissenschaftlichen Studien-
60 gänge an TU und BHT erscheinen extrem gefährdet,
61 da diese regelmäßig wenig Drittmittel einwerben und
62 zugleich wesentliche zukunftsorientierte Ausbildungs-
63 standorte für die eher mittelständischen Berliner Hand-
64 werksbetriebe darstellen.

65 Beides ist im Rahmen der anti-wissenschaftlichen Ziel-
66 setzungen der reaktionären Kräfte in Berlin und Deutsch-
67 land hinsichtlich der Zementierung überkommener Pro-
68 duktionsweisen und der Leugnung der Notwendigkeit des
69 ökologischen Umbaus der Produktionsmittel als schein-
70 bar „überflüssig“ schon länger ein wesentliches Angriffs-
71 ziel.

72 Dazu kommt, dass die TU Berlin die einzige Universität
73 mit Zielsetzung der zukunftsorientierten Verbindung von
74 technologischen Erkenntnissen und sozialen Aufgaben in
75 Berlin ist. Das diese jetzt besonders durch die Senats-
76 beschlüsse gefährdet wird ist eine Zumutung in Anbe-
77 tracht dessen, dass wir in den kommenden Jahrzehnten
78 weit mehr technisches Knowhow benötigen werden. Da-
79 her müsste die TU ausgebaut werden, dafür sind zunächst
80 die umfassenden Kosten der längst überfälligen Sanierun-
81 gen etlicher Gebäude zu übernehmen. Auch die anderen
82 Universitäten und Hochschulen sind in nicht gerade we-
83 nigen Bereichen sanierungsbedürftig, außerdem müssten
84 etliche Gebäude endlich barrierefrei gestaltet werden. Der
85 Wissensstandort Berlin wird also durch den Haushaltsan-
86 satz des Senats gefährdet, dabei werden dringend mehr
87 Gelder benötigt, um die derzeitige Arbeit zu erhalten und
88 weiterauszubauen.

89 Auch der Bildungspolitische Bereich wird von den Maß-
90 nahmen massiv gefährdet.

91 Den Schulen mangelt es bereits an Geld. Es darf nicht sein
92 das die Senatorin durch Budget Kürzungen dafür sorgt
93 das nicht allen Schüler*innen Arbeitshefte zu Verfügung
94 gestellt werden können. Aber nicht nur dass, die Haus-
95 haltskürzungen gefährden, bspw. das kostenlose Schules-
96 sen für alle, eine Errungenschaft für die grade die SPD
97 lange gekämpft hat (und deren Abschaffung höhere ge-
98 sellschaftliche und verwaltungsinterne Kosten verursa-
99 chen wird, als die Beibehaltung). Etliche Schulen bedürfen
100 außerdem immer noch einer Sanierung, die Sanierungs-
101 programme, die gegen den Widerstand der reaktionären

102 Kräfte gerade durch die SPD vorangetrieben wurden, sind
103 nun gefährdet.
104 Zudem müssen die Schulen umgebaut werden, viele sind
105 immer noch nicht barrierefrei. Außerdem braucht es Geld
106 für die längst überfällige Reform des Bildungswesens, die
107 Schulen sollten umgebaut werden für kleiner Klassen und
108 offenere Unterrichtsformen. Zudem zeigen die Zahlen, wir
109 brauchen mehr ISSen und langfristig Gesamtschulen, es
110 muss also mehr gebaut werden die Neubauoffensive, die
111 in den letzten Jahren vorangetrieben wurde, soll nach
112 dem Haushalt nicht weiter ausgebaut werden, das ist ein
113 Problem. Außerdem müssten die Gymnasien in ISSen bzw.
114 Gesamtschulen umgebaut werden, auch dafür braucht es
115 mehr Geld.
116 Auch der außerschulische Bildungsbereich wird gefähr-
117 det, sogar noch mehr, dabei ist dieser besonders wichtig.
118 Etliche Projekte, die sich für marginalisierte Kinder ein-
119 setzen und viel dafür tun das die Bildungsungerechtigkeit
120 nicht noch weiter zu nimmt sind faktisch durch die ge-
121 planten Kürzungen von der Weiterförderung ausgeschlos-
122 sen.
123 Angebote wie z.B. das der Landeszentrale für politische
124 Bildung, dass alle Menschen in Berlin einmal im Quartal
125 kostenlos oder zu einem geringen Preis vier Bücher aus
126 dem politischen und geschichtlichen Bereich bekommen
127 können, werden gefährdet, dabei sind es grade solche An-
128 gebote, die eine niedrigschwellige Teilhabe und Weiter-
129 bildungsmöglichkeit bieten. Solche und viele weitere An-
130 gebote dürfen nicht gekürzt werden, sie müssen weiter
131 finanziert, ausgebaut und auch entsprechend beworben
132 werden, damit wirklich alle an ihnen teilhaben können.
133 Wie im Wissenschaftsbereich braucht es also mehr und
134 nicht weniger Geld für die Bildungsarbeit in Berlin.
135 Die Kürzungen im Sozialbereich sind auch massiv geplant,
136 hier sind viele unterschiedliche Projekte betroffen, sie leis-
137 ten wichtige Arbeit in dem sie marginalisierte Gruppen,
138 wie Queere, FINTAS*, BIPOC, Menschen mit Behinderung,
139 Menschen mit Fluchterfahrung und/oder von Armut Be-
140 troffene etc. unterstützen. Außerdem werden Projekte ge-
141 kürzt die sich gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus,
142 Queerfeindlichkeit, Rassismus, etc. einsetzen gefährdet.
143 In einer Zeit, in der der Rechtsextremismus immer weiter
144 zunimmt und das besonders marginalisierte Menschen
145 gefährdet sind solche Projekte essenziell, besonders in ei-
146 ner Stadt wie Berlin, die grade durch ihre Geschichte weiß,
147 wie wichtig es ist eine starke soziale Gesellschaft zu haben
148 und die auch deshalb eine Regenbogen Stadt sein möch-
149 te, in der alle Menschen willkommen sind. Dafür braucht
150 es diese Sozialen Projekte, diese müssen aufrechterhalten
151 werden und weiter ausgebaut werden.